

Der „andere“ Konflikt – Die Palästinenser in Israel

von Reiner Bernstein*

Im vergangenen März ermittelte eine Umfrage der Universität Tel Aviv, dass unter den jüdischen Jugendlichen im Alter zwischen 15 bis 18 Jahren nur knapp die Hälfte den Staatsbürgern arabischer Volkszugehörigkeit dieselben Rechte zubilligen wolle. Nach einem noch jüngeren Meinungsbild befürwortete eine Mehrheit von 53 Prozent eine ethnische Säuberung von Staats wegen. Nur wenige scheinen sich für das Verhältnis zwischen beiden Volksgruppen als Hinweis auf die Qualität eines Friedens mit den Palästinensern in den heute besetzten Gebieten zu interessieren.

Im Gegenzug sind unter den arabischen Palästinensern mit israelischer Staatsbürgerschaft Behauptungen zu hören, dass dem Staat, in dem sie leben, ein Geburtsmakel anhafte und „das kolonialistische Projekt“ nicht erst nach dem Junikrieg 1967 begonnen habe. Lange vor der Gründung des Staates Israel seien sie hier gewesen, so dass sie weder zeitweilige Besucher noch Gäste wären. Den politischen Aktivisten geht es längst nicht mehr um die Verbesserung sozialpolitischer und kultureller Standards sowie um gleiche Bildungschancen, sondern um die Anerkennung als nationale Minderheit mit kollektiven Rechten. Die Teilnahme an den Parlamentswahlen sank von einem zum anderen Mal und erreichte 2009 gerade einmal 53 Prozent. Ein beträchtlicher Teil der sunnitischen Moslems bei uns, warnte der Publizist Yossi Alpher während des zweiten Libanon-Krieges 2006, identifiziere sich mit den libanesischen Schiiten vom Schlag der Hisbollah und spreche Israel das Recht auf nationale Existenz ab.

Statt Forderungen nach faktischer Gleichstellung den Wind aus den Segeln zu nehmen, haben jüdische Reaktionen die Konfrontation

* Erschienen in der Januar-Ausgabe 2011 der „Jüdischen Zeitung“ (Berlin), S. 17.

verschärft. Die Mehrheit in der Knesset käme nicht auf die Idee, Parlamentariern aus den Reihen der politischen Ultras jene Rechte abzusprechen, die Mitte Juli 2000 der Abgeordneten Hanin Zuabi wegen ihrer Teilnahme an der internationalen Friedensflottille entzogen wurden. So kann Israel Hasson von Avigdor Liebermans „Israel Beiteinu“ ungehindert behaupten „Wir führen im Innern einen zweiten Unabhängigkeitskrieg“, und Arie Elad von der „Nationalen Union“ lud Anfang Dezember den niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders nach Tel Aviv ein. Dieser hatte nichts Eiligeres zu tun, als Israel zur Bau weiterer Siedlungen und Jordanien zur Aufnahme der palästinensischen Bevölkerung zu ermuntern. Ariel Sharons Sohn Gilad sekundierte mit dem Satz, die Tatsache, „dass die Araber Israels Bürger des jüdischen Staates sind und nicht Bürger eines arabischen Staates, stellt ein Missgeschick der Geschichte dar.“ Die Rechtspflege und der Justizminister zögerten eine Stellungnahme hinaus, als 39 Rabbiner Anfang Dezember jüdische Hauseigentümer aufforderten, ihre Liegenschaften nicht mehr an Araber zu vermieten. Dagegen verurteilte die Leitung von Yad waShem die rabbinische Verfügung mit scharfen Worten und verwies zur Begründung auf die jüdischen Erfahrungen mit Leiden und Ausgrenzung in der Geschichte.

Die politische Vernunft droht auf der Strecke zu bleiben. Würde sich Israel gegen den Westen und für ein solches Judentum der Engstirnigkeit und Intoleranz entscheiden, würde nach Auffassung von Tzvia Greenfield, der orthodoxen Abgeordneten in der linksliberalen „Meretz“-Partei, die Mehrheit der Intelligenzia das Land verlassen und einen sicheren Hafen in einem demokratischen Land suchen. Der „brain drain“ ist jedoch längst Realität. Wer es sich halbwegs leisten kann, schickt seine Kinder zum Studium auf Nimmerwiedersehen ins Ausland.

Vertane Chancen

Das jüngste Manöver der wachsenden Entfremdung gipfelte in dem Verlangen, von den arabisch-palästinensischen Bürgern eine Loyalitätserklärung abzufordern, sie also einem Test zu unterwerfen, der der jüdischen Mehrheit erspart bleibt – für den Publizisten Tom Segev die Zuweisung einer konditionierten Staatsbürgerschaft – und die endgültige Durchsetzung eines Passus, der im „Basic Law on Human Dignity and Freedom“ vom 17. März 1992 angelegt war: die menschliche Würde und Freiheit zu verteidigen, um in einem künftigen Grundgesetz westlichen Zuschnitts – das von der religiösen Orthodoxie seit jeher abgelehnt wird – die Werte Israels als eines jüdischen und demokratischen Staates zu verankern. Auf den Einspruch des Rechtsprofessors Amnon Rubinstein hin, der damals den Verfassungsausschuss der Knesset leitete, wurde die vorgesehene Klausel um den Zusatz „Gleichberechtigung aller Staatsbürger“ gestrichen. Übrig blieb wie in der Unabhängigkeitserklärung von 1948 das Verbot der Benachteiligung aufgrund der Zugehörigkeit zu Geschlecht, Religion, Nationalität, Rasse, ethnischer Gruppe und Herkunftsland.

Die zahllosen Anläufe der Regierungen, den Status der arabischen Palästinenser auf das Niveau der jüdischen Bürger anzuheben, sind durchweg fehlgeschlagen. In seiner Regierungserklärung räumte Yitzhak Rabin 1992 ein, „dass wir Israels drusische und arabische Bürger falsch behandelt haben“, doch Konsequenzen blieben aus. Der 781 lange Bericht der staatlichen Untersuchungskommission unter Vorsitz von Theodor Orr – einem früheren Mitglied des Obersten Gerichts – zum Tod von dreizehn Palästinensern im Vorfeld der zweiten Intifada bestätigte zwar die fortwährende Diskriminierung der arabischen Bevölkerung von Amts wegen und warnte vor einem wachsenden Ultrationalismus und religiösen Extremismus. Doch wie früher landeten die Empfehlungen der Kommission in den Schubladen. Auch Investitionszusagen aus

Anlass des 60. Jahrestags der Gründung Israels blieben auf der Strecke.

Indem Ehud Olmert für 2008 eine Konferenz ankündigte, um den Dialog mit der arabisch-palästinensischen Bevölkerung zu erweitern und die Defizite abzustellen, bestätigte der Ministerpräsident noch einmal die Klage, dass sich die in ewiger Verteidigung wählende Demokratie Israels auf prozedurale Aspekte wie Gewaltenteilung und Pressefreiheit beschränkt und darüber ihre zentrale Komponente ausklammert: ob Israel der Staat aller seiner Bürger sein wolle. Die Unvereinbarkeit der Standpunkte werde nur dann überwunden, wenn in den Schulbüchern die Aufforderung verankert sei, sich in den Gegner hineinzusetzen, bilanzierte der langjährige Korrespondent des Fernsehsenders „France 2“ in Jerusalem, Charles Enderlin, in seinem Buch „Shattered Dreams“ nach dem Scheitern des Gipfeltreffens in Camp David im Juli 2000. Der damalige Premier Ehud Barak beklagte, in Yasser Arafat „keinen Partner“ mehr zu haben. Die Koexistenz mit den eigenen Bürgern arabischer Volkszugehörigkeit wäre die Scheidemünze, an der sich Fortdauer oder Ende des Konflikts zweier Völker um ein Land messen lässt.

Wovon Israels Sicherheit abhängt

Die wissenschaftliche und publizistische Literatur ist überschaubar, ob und inwiefern die innenpolitische Dynamik und die Spannungen um die Westbank und Ost-Jerusalem in enger Beziehung miteinander stehen. Zugespitzt formuliert: Erst wenn der politische, soziale und kulturelle Sekundärstatus der arabisch-palästinensischen Bürger überwunden ist, wird die nationale Koexistenz zwischen dem Staat Israel und einem künftigen Staat Palästina Bestand haben. Bis dahin werden sich die nationalen und spirituellen Bindungen im palästinensischen Volk gegen Bedrückung und Okkupation im Aufwind befinden: in Israel, in den besetzten

Gebieten, in Jordanien, Syrien und im Libanon sowie in der übrigen Diaspora. Erst mit dem Frieden mit den Nachbarn wird Israel als Heimat für Juden und Araber eine Überlebenschance haben.

Für Meron Benvenisti ist seit langem klar, dass die Forderung nach Anerkennung als nationale Minderheit endgültig zum politischen Programm avanciert, sollte die Schaffung des Staates Palästina an israelischen Widerständen scheitern. Es wäre dann nicht das erste Mal, fuhr der Jerusalemer Soziologe fort, dass die „Araber von 1967“ von ihren Brüdern, den „Arabern von 1948“, lernen könnten – nämlich die tatkräftige Durchsetzung von kollektiven politischen Rechten. Insofern hat einer der Wortführer der Siedlerbewegung, Israel Harel, den Ton vorgegeben: Das wahre demographische Problem liege in den Grenzen vor dem Junikrieg. Da die nationalistische Siedler das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes von Grund auf ablehnen, bekunden sie bei Demonstrationen konsequent ihre Überzeugung „Judäa und Samaria sind überall“.

Ein Gespenst geht um in Israel...

In den vergangenen Jahren hat eine Reihe von Veröffentlichungen die Runde gemacht, die aus der Feder arabisch-palästinensischer Einrichtungen und Zirkel stammen. Zu ihnen gehören das „Higher Arab Monitoring Committee“ und das „Committee of Arab Local Councils“, die 2006 in einer gemeinsamen Vorlage mit dem Titel „Die Zukunftsvision der palästinensischen Araber in Israel“ behaupteten, Israel werde sich in den kommenden zwei Dezennien zu einem binationalen Staat an der Seite des Staates Palästina entwickeln. Wir respektieren die Rechte des jüdischen Volkes in Israel als Individuen und als eine Gruppe, doch nicht auf Kosten der Araber, hieß es wolkig. Deutlicher wurde das Dokument mit seiner Forderung, dass Israel schon heute die arabische Gemeinschaft als nationale Minderheit anerkennen und ihnen das Recht auf

selbständige Repräsentanz auf internationalen Foren einräumen müsse.

Es wäre kaum mehr verwunderlich, fügte ein mit den grundlegenden Anliegen der arabischen Minderheit sympathisierender jüdisch-israelischer Kommentator sarkastisch hinzu, wenn diese nächstens eigene Sicherheitskräfte einklagen würde, und schlug als Ausweg vor, den Bereich zu verkleinern, in dem der zionistische Charakter des Staates seinen Ausdruck finde – wie in Hymne und Flagge –, und den Umfang gleicher Rechte für sie zu erweitern, die den demokratischen Charakter Israels ausmachen. Ein anderer Journalist erblickte in dem Dokument hingegen nicht weniger als eine Kriegserklärung.

Ein Jahr später verwendete sich das von Haifa aus arbeitende „Legal Center for Arab Minority Rights in Israel“ („Adalah“) unter Bezugnahme auf die europäische Menschenrechtscharta für eine „demokratische Verfassung mit einem supranationalen Regime in ganz Palästina“ und verwarf damit frühere Überlegungen zugunsten einer Konstitution für den Staat Israel allein. Wie auch immer: Nach Auffassung des „Advocacy Center for Arab Palestinian Citizens of Israel“ („Mosawa“) und der Verfasser einer „Haifa Declaration“ sei zwar der von ihnen vertretene Bevölkerungsteil in Anerkennung der tragischen Geschichte der Juden in Europa dazu verdammt, die Prämie für den jüdischen Traum der nationalen Heimstätte bezahlen. Doch sei dieser Preis auf Dauer zu hoch.

Ein aktivistisches Netzwerk zivilgesellschaftlicher Einrichtungen sorgt dafür, die individuellen und kollektiven Bedürfnisse in der juristischen Beratung, der Bauplanung sowie bei sozialen Dienstleistungen wie Gesundheit und Erziehung abzudecken. Worunter die Effizienz freilich leidet, ist die fast vollständige Zerrissenheit zwischen säkularen und religiösen Institutionen, die sich im eigenen Parteienspektrum – die vierzehn Knesset-Abgeordneten verteilen sich auf fünf Parteien – ebenso wie in der Westbank innerhalb der

Fatah-Führungsspitzen widerspiegelt. Die einen streben mit Spenden aus den eigenen Reihen nach kulturellen Enklaven weitab von staatlichen Strukturen unter Verweis auf islamische Traditionen. Dagegen suchen die anderen, ohne die konservative islamische Identität zu verleugnen, den Dialog mit der jüdisch-israelischen Gesellschaft auf der Grundlage von Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichbehandlung sowie gegenseitigem Respekt und sind dabei fast vollständig von ausländischen Geldern abhängig. Gemeinsam ist beiden Einrichtungstypen, ob säkular oder religiös, dass sie die angemessene Beteiligung von Frauen in Führungsaufgaben nicht durchgesetzt haben – womit sie sich wenig von der übrigen Gesellschaft unterscheiden. Unter dem doppelten Druck, unter dem die kleine Schar der christlichen Palästinenser in der Westbank steht, hat 2009 das Kairos-Papier palästinensischer Theologen und Laien Auskunft gegeben.

Schattenhafte Koexistenz

Die Forderung von Regierung und Parlament Israels an die Adresse der Autonomiebehörde in Ramallah und an Hamas im Gazastreifen, Israel als jüdischen und demokratischen Staat anzuerkennen, bevor Verhandlungen über einen Endstatus-Vertrag beginnen können, lässt sich auch als Ablehnung des Anspruchs werten, Israel müsse endlich die Rolle als Staat aller seiner Bürger akzeptieren – womit sich die Phantasien um den „demographischen Faktor“ ebenfalls erledigen würden und mit ihnen die Behauptung, dass Juden und Araber nicht zusammenleben könnten. Träfe die Hypothese zu, wäre sie selbst für die schattenhafte Koexistenz vor allem in Jerusalem endgültig das politische Aus. Als sich Ende 2010 das Scheitern der Bemühungen Washingtons um die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Israel und der Autonomieregierung abzeichnete, präsentierte Shlomo Avinery von der Hebräischen Universität einen durchweg beachtenswerten 6-Punkte-Katalog –

„einen einseitigen Plan B“ –, in dem er mit Bedacht jeglichen Bezug auf Jerusalem vermied.

In den 1960er Jahren wurde darüber gestritten, ob Israel um seines Überlebens willen die Konfrontation mit der arabischen Welt und mit den Palästinensern brauche, um einem bedrohlichen Kulturkampf zu entgehen. Durch die Zuspitzungen zwischen den säkularen und orthodoxen jüdischen Israelis und durch die Masseneinwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion hat sich an dieser Prophezeiung bis heute nichts geändert, ja sie hat Zuspitzungen erfahren. 1982 hatte der damalige Direktor des „Center for Strategic Studies“ an der Universität Tel Aviv, Aharon Yariv, allen Arabern das Recht eingeräumt, sich offen und unbeanstandet als Palästinenser zu bezeichnen. Noch vier Jahre zuvor, im israelisch-ägyptischen „Framework for Peace in the Middle East“, legte Menachem Begin größten Wert darauf, von den „Arabern des Landes Israel“ zwischen Mittelmeer und Jordan zu sprechen. Formulierungen wie diese finden sich in der israelischen Literatur bis heute.

Nach der Fragmentierung und Demoralisierung im Zuge der „Naqba“ von 1947/48, der bis 1965 anhaltenden Militärverwaltung in Galiläa und im Kleinen Dreieck sowie nach dem Rückgriff der zionistischen Parteien bei Parlamentswahlen auf den Traditionalismus der arabischen Gesellschaft ist eine neue arabisch-palästinensische Führungsgeneration herangewachsen, die – wiewohl ohne ein gemeinsam getragenes Programm – zum politisch-nationalen und national-islamischen Selbstbewusstsein in den besetzten Gebieten aufschließt und gleichzeitig an den ideologischen Grundfesten Israels rüttelt. Das übliche Krisenmanagement der Regierungen, das auf einen brüchigen Pragmatismus setzt, reicht also längst nicht mehr aus. Zur Tragik der „Minderheit in unserer Heimat“ gehört es freilich, dass die Annäherungen an die Bevölkerung in der Westbank bei der dortigen politischen Führung kaum Beachtung finden, zu sehr ist Ramallah um die Regelung der eigenen Probleme bemüht.

Auswärtige Staatsgäste nehmen den innenpolitischen Konflikt selten wahr und scheuen parallel dazu die Entschlossenheit zum Handeln. Wenn der hohe Besuch wie jüngst Christian Wulff in die Westbank reist, vermeidet er es strikt, die Autonomiebehörde völkerrechtlich aufzuwerten – trotz des als unverbrüchlich vorgetragenen Bekenntnisses zur Zweistaatenregelung. Der an der Hebräischen Universität in Jerusalem lehrende Historiker Richard I. Cohen hat kürzlich auf Stimmen unter den aus dem Nahen Osten eingewanderten Juden verwiesen, die sich in dem Slogan „Jewish Arabs we are!“ zu Wort melden, womit ihre Zugehörigkeit zur arabischen Kultur keinen Widerspruch zum Judentum bilden soll. Im Übrigen, so weiter, seien der Zionismus und seine Narrative eine aschkenasische Erfindung. Ob solche Bekundungen Brücken zur „anderen“ Seite schlagen können, bleibt indes fraglich, obwohl die Formel „Sicherheit durch Frieden“ für alle Parteien gilt, nicht nur im militärischen Sinne.
